Vermögensverwaltende Personengesellschaften

Haase / Dorn

6. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-82471-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

zung gewerblichen) Personengesellschaft übertragen. Hinsichtlich der sich daraus ergebenden ertragsteuerlichen Konsequenzen kann auf die obenstehende → Rn. 614 ff. verwiesen werden; je nach Übertragungsobjekt und ertragsteuerlicher Qualifikation des Ursprungsvermögens des Gesellschafters (Privat- oder Betriebsvermögen) kann es sich insoweit um einen tauschähnlichen Veräußerungsvorgang, eine Einlage, eine Übertragung iSd § 6 Abs. 5 S. 3 Nr. 1 EStG oder eine Einbringung iSd § 24 UmwStG handeln.

Eine weitere **Verschmelzung mit „Statuswechsel“** bezogen auf das Vermögen der übernehmenden, vermögensverwaltenden Personengesellschaft ist eine Verschmelzung einer gewerblich tätigen Personengesellschaft auf eine rein vermögensverwaltende (und gewerblich nicht geprägte) Personengesellschaft. Auch durch diese Verschmelzung werden die Einkünfte (und das zur Einkunftserzielung eingesetzte Vermögen) der vor der Verschmelzung vermögensverwaltenden Personengesellschaft **„infiziert“** und die übernehmende Personengesellschaft erzielt danach ausschließlich gewerbliche Einkünfte (§ 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG). Aus Sicht der übertragenden (verschmolzenen) gewerblichen Personengesellschaft (bzw. ihrer Gesellschafter) wird das Vermögen der verschmolzenen Gesellschaft aus ihrem Betriebsvermögen in das Betriebsvermögen der übernehmenden Gesellschaft übertragen. Es erfolgt somit eine Einbringung des Betriebs der übertragenden (verschmolzenen) Personengesellschaft in die übernehmende Personengesellschaft, die **unter den Voraussetzungen des § 24 UmwStG** grundsätzlich **ertragsteuerneutral zu Buchwerten** erfolgen kann.⁷⁸ Demnach hat die übernehmende Personengesellschaft bei Stellung eines Antrags iSd § 24 Abs. 2 UmwStG die übernommenen Wirtschaftsgüter mit ihrem ertragsteuerlichen Buchwert zu übernehmen. Zudem gilt das bei ihr bereits vor der Verschmelzung bestehende Vermögen als in das Betriebsvermögen der (durch die Verschmelzung gewerblich werdenden) Personengesellschaft übertragen. Hinsichtlich der sich daraus ergebenden ertragsteuerlichen Konsequenzen kann grundsätzlich auf die → Rn. 614 ff. verwiesen werden; je nach Übertragungsobjekt und ertragsteuerlicher Qualifikation des Ursprungsvermögens des Gesellschafters (Privat- oder Betriebsvermögen) kann es sich insoweit grundsätzlich um einen tauschähnlichen Veräußerungsvorgang, eine Einlage, eine Übertragung iSd § 6 Abs. 5 S. 3 Nr. 1 EStG oder eine Einbringung iSd § 24 UmwStG handeln.

DIE FACHBUCHHANDLUNG

III. Auf- und Abspaltung

Wie bereits in → Rn. 632 vermerkt, ist eine **Auf- oder Abspaltung** als **„Teilverschmelzung“** zu qualifizieren, was auch bedeutet, dass die in Abschnitt D.II (→ Rn. 645 ff.) gemachten Ausführungen zur ertragsteuerlichen Behandlung der Verschmelzung (unter Beteiligung einer vermögensverwaltenden Personengesellschaft als übernehmender Rechtsträger) grundsätzlich analog für eine Auf- oder Abspaltung (unter Beteiligung einer vermögensverwaltenden Personengesellschaft als übernehmender Rechtsträger) gelten. Besonderheiten können sich jedoch daraus ergeben, dass bei einer Auf- oder Abspaltung nur Teile des Vermögens des übertragenden Rechtsträgers übertragen werden, während bei einer Verschmelzung das gesamte Vermögen des übertragenden Rechtsträgers übergeht. Im Einzelnen bedeutet dies wie folgt.

Bei einer Auf- oder Abspaltung von Vermögen einer vermögensverwaltenden (nicht gewerblich geprägten) Personengesellschaft auf eine andere vermögensverwaltende (nicht gewerblich geprägte) Personengesellschaft ergeben sich **mangels „Statuswechsel“ keine besonderen ertragsteuerlichen Konsequenzen**, da diese rechtliche Vermögensübertragung ertragsteuerlich nicht als Vermögensübertragung zu werten ist.

Bei einer Auf- oder Abspaltung von Vermögen einer gewerblich geprägten (aber eigentlich vermögensverwaltend tätigen) Personengesellschaft auf eine vermögensverwaltende

⁷⁸ Zu weiteren Voraussetzungen der Steuereutralität des § 24 UmwStG, die in diesem Kapitel nicht detailliert und erschöpfend dargestellt werden können, vgl. zB die Ausführungen von Haase/Hofacker/Haase UmwStG § 24.

(nicht gewerblich geprägte) Personengesellschaft **verliert das übertragene Vermögen seine ertragsteuerliche „Verstrickung“**. Soweit das betroffene Vermögen dabei in das Betriebsvermögen des Gesellschafters der vermögensverwaltenden Personengesellschaft übertragen wird, liegt nach der hier vertretenen Auffassung grundsätzlich eine Übertragung iSd § 6 Abs. 5 S. 3 Nr. 1 EStG vor. Soweit das betroffene Vermögen dabei in das Privatvermögen des Gesellschafters der vermögensverwaltenden Personengesellschaft übertragen wird, liegt – wie in → Rn. 642 beschrieben – grundsätzlich eine **(Teil-)Betriebsaufgabe iSd § 16 Abs. 3 EStG** vor. Dies kann bei einer Auf- oder Abspaltung jedoch nur dann der Fall sein, **wenn das übertragene Vermögen als Betrieb oder zumindest als Teilbetrieb iSd § 16 EStG qualifiziert**. Wird Vermögen übertragen, das diese (Teil-)Betriebsqualifikation nicht erfüllt, so handelt es sich um die Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter aus dem Betriebsvermögen der übertragenden Personengesellschaft in das Privatvermögen des Gesellschafters der vermögensverwaltenden Personengesellschaft. Es liegt somit eine **Entnahme iSd § 4 Abs. 1 S. 2 EStG** vor, die gem. § 6 Abs. 1 Nr. 4 EStG mit dem Teilwert zu bewerten ist. Auch insoweit kommt es also zu einer grundsätzlich **steuerpflichtigen Aufdeckung der stillen Reserven**.⁷⁹ Dies kann zu einer entsprechenden Einkommensteuerbelastung auf Ebene des betreffenden Gesellschafters führen, wobei in diesem Fall die Begünstigungen des § 16 Abs. 4 EStG (Freibetrag) und des § 34 Abs. 1 und 3 EStG (Fünftelungsregelung bzw. ermäßigter Steuersatz) nicht anwendbar wären. Gewerbesteuerlich gehört der Gewinn aus der Entnahme zudem in diesem Fall zum Gewerbeertrag der übertragenden Personengesellschaft, weil insoweit eben keine (Teil-)Betriebsaufgabe vorliegt, bei der der Aufgabegewinn gem. § 7 GewStG nicht der Gewerbesteuer unterliegen würde.

655 Bei einer Auf- oder Abspaltung von Vermögen einer vermögensverwaltenden Kapitalgesellschaft auf eine vermögensverwaltende (nicht gewerblich geprägte) Personengesellschaft sind **über einen Verweis in § 16 UmwStG die Regelungen der §§ 3–8 UmwStG grundsätzlich analog anwendbar**. Insoweit kann also auf die in → Rn. 644 beschriebenen ertragsteuerlichen Folgen verwiesen werden; nach Auffassung der Finanzverwaltung ist keine Ertragsteuerneutralität möglich, sondern es erfolgt der Ansatz des gemeinen Werts in der steuerlichen Schlussbilanz der übertragenden Kapitalgesellschaft, selbst wenn das Vermögen bei der übernehmenden Zebragesellschaft weiterhin ertragsteuerlich verstrickt bleibt.⁸⁰ Da § 16 UmwStG jedoch auch auf § 15 UmwStG verweist, könnte eine Ertragsteuerneutralität im Sinne einer **Buchwertübertragung gem. § 15 Abs. 1 S. 2 UmwStG** ohnehin nur erreicht werden, wenn das übertragene Vermögen (und im Falle der Abspaltung das ggf. bei der übertragenden Kapitalgesellschaft verbleibende Vermögen) **jeweils als Teilbetrieb iSd UmwStG qualifiziert**.⁸¹ Wird diese Teilbetriebsvoraussetzung nicht erfüllt, so erfolgt die Übertragung nach § 16 UmwStG iVm § 15 Abs. 1 S. 1 UmwStG iVm § 11 Abs. 1 UmwStG zwingend zum gemeinen Wert, ohne dass ein Antrag auf Buch- oder Zwischenwertansatz iSd § 11 Abs. 2 UmwStG gestellt werden kann.⁸²

656 Wird (gewerblich genutztes) Vermögen einer gewerblich tätigen Kapitalgesellschaft auf eine vermögensverwaltende (nicht gewerblich geprägte) Personengesellschaft übertragen, so sind – wiederum über den Verweis in § 16 UmwStG – die §§ 3–8 UmwStG analog anwendbar. Wie zuvor in → Rn. 650 beschrieben, ist in dieser Konstellation die Besteue-

⁷⁹ Handelt es sich bei dem Vermögen der übertragenden Personengesellschaft um Anteile an Kapitalgesellschaften, so kommt insoweit das Teileinkünfteverfahren mit einer nur 60%igen Steuerpflicht (§§ 3 Nr. 40, 3c, 17 EStG) zur Anwendung.

⁸⁰ Zu dieser strittigen Frage vgl. Huber/Marat DB 2011, 1823 mwN.

⁸¹ Vgl. Haase/Hofacker/Leske UmwStG § 16 Rn. 18 ff. und UmwSt-Erlass 11.11.2011, BStBl. I 2011, 1314 Tz. 16.01, nach dem § 15 UmwStG für die Auf- und Abspaltung von Vermögen auf eine Personengesellschaft „entsprechend“ gelten soll.

⁸² Die Übertragung des Vermögens auf Ebene der übertragenden Kapitalgesellschaft ist somit nicht als verdeckte Gewinnausschüttung iSd § 8 Abs. 3 S. 2 KStG zu qualifizieren, da die zwingend anwendbaren Regelungen des UmwStG den Regelungen der verdeckten Gewinnausschüttung vorgehen.

nung des übertragenen Vermögens auf Ebene der übernehmenden Personengesellschaft sichergestellt, da diese durch die Übernahme des gewerblichen Vermögens eine gewerbliche Personengesellschaft wird. Insoweit kann bei Stellung eines Antrags auf Buchwertansatz iSd § 3 Abs. 2 UmwStG grundsätzlich eine Ertragsteuerneutralität erreicht werden. Da § 16 UmwStG jedoch auch auf § 15 Abs. 1 UmwStG verweist, der wiederum auf § 11 Abs. 2 UmwStG verweist, **soweit eine Teilbetriebsübertragung** vorliegt, gilt dies nur, wenn das übertragene Vermögen (und im Falle der Abspaltung das ggf. bei der übertragenden Kapitalgesellschaft verbleibende Vermögen) **jeweils als Teilbetrieb iSd UmwStG qualifiziert**. Wird diese Teilbetriebsvoraussetzung nicht erfüllt, so ist § 11 Abs. 2 UmwStG nicht anwendbar. Dann ist die Übertragung des Vermögens auf Ebene der übertragenden Kapitalgesellschaft gem. § 16 UmwStG iVm § 15 Abs. 1 UmwStG iVm § 11 Abs. 1 UmwStG zwingend mit dem gemeinen Wert anzusetzen, sodass es zu einer Aufdeckung der in den betreffenden Wirtschaftsgütern enthaltenen stillen Reserven kommt. Davon unabhängig gilt das bei der übernehmenden Personengesellschaft bereits vor der Verschmelzung bestehende Vermögen als in das Betriebsvermögen der (durch die Verschmelzung gewerblich werdenden) Personengesellschaft übertragen, weil es „infiziert“ wird. Hinsichtlich der sich daraus ergebenden ertragsteuerlichen Konsequenzen kann auf die → Rn. 614f. verwiesen werden; je nach Übertragungsobjekt und ertragsteuerlicher Qualifikation des Ursprungsvermögens des Gesellschafters (Privat- oder Betriebsvermögen) kann es sich insoweit um einen tauschähnlichen Veräußerungsvorgang, eine Einlage, eine Übertragung iSd § 6 Abs. 5 S. 3 Nr. 1 EStG oder eine Einbringung iSd § 24 UmwStG handeln.

Wird (gewerblich genutztes) Vermögen einer gewerblich tätigen Personengesellschaft auf eine vermögensverwaltende (nicht gewerblich geprägte) Personengesellschaft übertragen, so kann diese Übertragung – wie in → Rn. 623 beschrieben – ertragsteuerlich **unter den Voraussetzungen des §§ 24 UmwStG** grundsätzlich **ertragsteuerneutral** erfolgen. Dies gilt jedoch nur, soweit das übertragene Vermögen **als Betrieb oder Teilbetrieb iSd §§ 24 UmwStG** qualifiziert. Wird gewerbliches Vermögen übertragen, das diese (Teil-)Betriebsqualifikation nicht erfüllt, so handelt es sich um die Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter aus dem Betriebsvermögen der übertragenden Personengesellschaft in das Betriebsvermögen der übernehmenden Personengesellschaft, die sich durch die Übernahme des gewerblichen Vermögens „infiziert“ und in eine gewerbliche Personengesellschaft wandelt. Für solche **Übertragungen zwischen den Betriebsvermögen von Schwesterpersonengesellschaften war es für einen langen Zeitraum strittig**, ob diese ertragsteuerneutral gem. § 6 Abs. 5 S. 3 EStG erfolgen können. Während der I. Senat des Bundesfinanzhofes die Auffassung vertritt, dass Wirtschaftsgüter nicht steuerneutral aus dem Gesamthandsvermögen einer Personengesellschaft in das Gesamthandsvermögen einer beteiligungsidentischen Schwesterpersonengesellschaft übertragen werden können,⁸³ äußerte der IV. Senat des Bundesfinanzhofes Bedenken, ob eine steuerneutrale Übertragung nicht doch im Wege einer erweiterten Gesetzesauslegung möglich ist.⁸⁴ Die Finanzverwaltung teilte in ihrem Schreiben vom 29.10.2010⁸⁵ die vom IV. Senat geäußerten Zweifel nicht und behandelte solche Übertragungen daher als Vorgänge, die zur steuerpflichtigen Aufdeckung der in den übertragenen Wirtschaftsgütern enthaltenen stillen Reserven führen. Mit Beschluss v. 28.11.2023⁸⁶ hat das BVerfG aber mittlerweile den § 6 Abs. 5 S. 3 EStG als unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt. Der Beschluss stellt einen Verstoß gegen Art. 3 GG insoweit dar, als eine Buchwertübertragung zwischen den Gesamthandsvermögen von Personengesellschaften mit beteiligungsidentischen Gesellschafterstrukturen nicht möglich ist. Der Gesetzgeber hat vor diesem Hintergrund mit dem JStG 2024 eine gesetzliche Neuregelung geschaffen, wonach unentgeltliche Übertragungen zwischen dem

⁸³ BFH 25.11.2009 – I R 72/08, BStBl. II 2010, 471.

⁸⁴ BFH 15.4.2010 – IV B 105/09, BStBl. II 2010, 971.

⁸⁵ BMF 29.10.2010, BStBl. I 2010, 1206.

⁸⁶ BVerfG 28.11.2023 – 2 BvL 8/13, DStR 2024, 155.

Gesamthandsvermögen verschiedener Mitunternehmensschaften desselben, identisch beteiligten Mitunternehmers zu Buchwerten erfolgen.⁸⁷

In jedem Fall wird das bereits vor der Auf- oder Abspaltung bei der übernehmenden vermögensverwaltenden Personengesellschaft bestehende Vermögen im Zuge der Ausgliederung infiziert iSd § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG. Es gilt somit aus dem (Privat- oder Betriebs-) Vermögen ihres Gesellschafters als in das Gesamthandsvermögen der betreffenden Personengesellschaft übertragen. Hinsichtlich der ertragsteuerlichen Folgen kann ebenso auf die → Rn. 614 ff. verwiesen werden. Auch insoweit kann je nach Vermögensart eine Einlage, ein tauschähnlicher Veräußerungsvorgang, eine Übertragung iSd § 6 Abs. 5 S. 3 Nr. 1 EStG oder eine Einbringung iSd § 24 UmwStG vorliegen.

IV. Ausgliederung

- 658** Auch hinsichtlich der ertragsteuerlichen Folgen der Ausgliederung von Vermögen auf eine vermögensverwaltende (nicht gewerblich geprägte) Personengesellschaft ist zu unterscheiden, ob Vermögen übertragen wird, mit dem (nach der Umwandlung) eine vermögensverwaltende Tätigkeit ausgeübt wird, oder ob das übertragene Vermögen **„schädlich“ ist für eine vermögensverwaltende Tätigkeit** (zB die Übertragung eines gewerblichen Betriebs).
- 659** Im Falle der Übertragung von Vermögen, das nach der Ausgliederung im Rahmen einer vermögensverwaltenden Tätigkeit eingesetzt wird, hat die Übertragung grundsätzlich keine besonderen Implikationen und wird für ertragsteuerliche Zwecke praktisch ignoriert. Da eine vermögensverwaltende Personengesellschaft für ertragsteuerliche Zwecke als quasi nicht existent behandelt wird, bedeutet dies, dass eine Ausgliederung von Vermögen auf diese Personengesellschaft als übernehmenden Rechtsträger **ebenfalls praktisch vollkommen negiert/ignoriert** wird. Das ausgegliederte Vermögen wurde vor der Ausgliederung dem übertragenden Rechtsträger unmittelbar zugerechnet. Nach der Ausgliederung erfolgt ebenfalls eine unmittelbare Zurechnung nach der Bruchteilsbetrachtung des § 39 Abs. 2 Nr. 2 AO, sodass insoweit ertragsteuerlich keine Übertragung im Sinne eines Rechtsträgerwechsels erfolgt.⁸⁸
- 660** Im Falle der Übertragung von Vermögen, das „schädlich“ ist für eine vermögensverwaltende Tätigkeit (zB die Übertragung eines gewerblichen Betriebs), „wandelt“ sich die vermögensverwaltende Personengesellschaft durch die Ausgliederung in eine Personengesellschaft mit Betriebsvermögen. Es findet insoweit also ein **„Statuswechsel“ aufgrund einer gewerblichen Infektion** iSd § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG statt. Für die ertragsteuerlichen Folgen ist dabei hinsichtlich des übertragenen (ausgegliederten) Vermögens und des Vermögens zu unterscheiden, das bereits vor der Ausgliederung bei der vermögensverwaltenden Personengesellschaft bestand.
- 661** Aus Sicht der vermögensverwaltenden Personengesellschaft als übernehmender Rechtsträger geht das übertragene (ausgegliederte) Vermögen im Wege einer Einlage, einer Übertragung iSd § 6 Abs. 5 S. 3 EStG, einer Einbringung iSd § 24 UmwStG oder eines vergleichbaren tauschähnlichen Geschäfts über. Die entsprechenden ertragsteuerlichen Folgen wurden in → Rn. 614 ff. aus Sicht des übertragenden Rechtsträgers dargestellt und gelten aus Sicht der vermögensverwaltenden Personengesellschaft als übernehmender Rechtsträger entsprechend. Beispielsweise kann die übernehmende Personengesellschaft einen auf sie übertragenen Teilbetrieb iSd § 24 UmwStG auf Antrag (und zB durch die Bildung von steuerlichen Ergänzungsbilanzen⁸⁹) wahlweise mit dem gemeinen Wert, dem Buchwert oder einem Zwischenwert ansetzen, wenn die Voraussetzungen des § 24 Abs. 2 UmwStG erfüllt werden.

⁸⁷ Vgl. Broemel/Westermann DStR 2024, 1521 und Bünning BB 2024, 1835 und Lämmle DStR 2024, 1389 und JStG 2024, BGBl. I 2024 Nr. 387.

⁸⁸ Vgl. BFH 18.10.2011 – IX R 15/11, BStBl. II 2012, 205 und BFH 2.4.2008 – IX R 18/06, BStBl. II 2008, 679.

⁸⁹ Zur Frage der Bildung von Ergänzungsrechnungen bei vermögensverwaltenden Personengesellschaften vgl. Engel, Vermögensverwaltende Personengesellschaften im Ertragsteuerrecht, 3. Aufl. 2023, Rn. 221 ff.

Das bereits vor der Ausgliederung bei der vermögensverwaltenden Personengesellschaft bestehende Vermögen wird im Zuge der Ausgliederung infiziert iSd § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG. Es gilt somit aus dem (Privat- oder Betriebs-)Vermögen ihres Gesellschafters als in das Gesamthandsvermögen der betreffenden Personengesellschaft übertragen. Hinsichtlich der ertragsteuerlichen Folgen kann ebenso auf die → Rn. 614 ff. verwiesen werden. Auch insoweit kann je nach Vermögensart eine Einlage, ein tauschähnlicher Veräußerungsvorgang, eine Übertragung iSd § 6 Abs. 5 S. 3 Nr. 1 EStG oder eine Einbringung iSd § 24 UmwStG vorliegen. **662**

E. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft als Gesellschafterin eines umgewandelten Rechtsträgers

Die vermögensverwaltende Personengesellschaft kann derart in eine Umwandlung involviert sein, **das eine Tochtergesellschaft, an der die vermögensverwaltende Personengesellschaft eine Beteiligung hält, umgewandelt wird.** Die sich daraus ergebenden ertragsteuerlichen Wirkungen werden im Folgenden skizziert. Dabei ist wiederum zu beachten, dass die vermögensverwaltende Personengesellschaft für ertragsteuerliche Zwecke als vollkommen transparent zu behandeln ist und insoweit kein Steuersubjekt darstellt. Das hat zur Folge, dass die im Folgenden dargestellten ertragsteuerlichen Konsequenzen jeweils nicht die vermögensverwaltende Personengesellschaft als solche betreffen, sondern vielmehr ihre Gesellschafter. **663**

I. Formwechsel

Wie bereits in den → Rn. 614 ff. dargestellt, ist für die ertragsteuerliche Beurteilung entscheidend, ob es im Zuge des Formwechsels zu einem „**Statuswechsel**“ kommt. Insoweit sind aus Sicht der vermögensverwaltenden Personengesellschaft als Gesellschafterin eines umgewandelten Rechtsträgers die folgenden Fälle zu unterscheiden. **664**

Ist die vermögensverwaltende (nicht gewerblich geprägte) Personengesellschaft an einer Kapitalgesellschaft beteiligt, die im Zuge eines Formwechsels in eine andere Kapitalgesellschaft umgewandelt wird (Bsp.: GmbH wird in AG formgewechselt), **so erfolgt kein „Statuswechsel“** und es ergeben sich keine ertragsteuerlichen Folgen bei der vermögensverwaltenden Personengesellschaft; insbesondere ist ihr Status als „vermögensverwaltend“ durch den Formwechsel nicht gefährdet. **665**

Ist die vermögensverwaltende (Mutter-)Personengesellschaft an einer anderen vermögensverwaltenden (Tochter-)Personengesellschaft beteiligt (**„doppelstöckige Vermögensverwaltung“**), die im Zuge eines Formwechsels in eine andere vermögensverwaltende Personengesellschaft umgewandelt wird (zB: vermögensverwaltende OHG wird formgewechselt in eine ebenfalls vermögensverwaltende, nicht gewerblich geprägte KG), so erfolgt ebenfalls **kein „Statuswechsel“** und es ergeben sich keine ertragsteuerlichen Folgen bei der vermögensverwaltenden Personengesellschaft; insbesondere ist ihr Status als „vermögensverwaltend“ durch den Formwechsel nicht gefährdet. **666**

Ist die vermögensverwaltende (Mutter-)Personengesellschaft an einer anderen vermögensverwaltenden (Tochter-)Personengesellschaft beteiligt (**„doppelstöckige Vermögensverwaltung“**), die im Zuge eines Formwechsels dagegen in eine gewerblich geprägte KG umgewandelt wird, so **erfolgt ein Statuswechsel**, der auch dazu führt, dass die vermögensverwaltende Mutter-Personengesellschaft ihren Status als „vermögensverwaltend“ verliert. In diesen Fällen werden die Einkünfte der Mutter-Personengesellschaft grundsätzlich infiziert iSd § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG.⁹⁰ **667**

⁹⁰ Vgl. BFH 6.6.2019 – IV R. 30/16, DStR 2019, 1630 und Engel, Vermögensverwaltende Personengesellschaften im Ertragsteuerrecht, 3. Aufl. 2023, Rn. 77 ff. und Schmidt/Wacker EStG § 15 Rn. 189.

- 668 Wegen der Infektion der Einkünfte der Mutter-Personengesellschaft sind für ertragsteuerliche Zwecke zwei fiktive Übertragungsvorgänge gegeben:
1. Das Vermögen der vermögensverwaltenden Tochter-Personengesellschaft gilt als auf die durch den Formwechsel entstandene (gewerblich geprägte) Tochter-Personengesellschaft übertragen. Hinsichtlich der insoweit anwendbaren ertragsteuerlichen Regeln wird auf die obenstehende → Rn. 614 ff. verwiesen.
 2. Das Vermögen der vermögensverwaltenden Mutter-Personengesellschaft gilt ebenfalls als übertragen und zwar in das Betriebsvermögen der nunmehr gewerblich infizierten Mutter-Personengesellschaft. Auch hinsichtlich der hier eintretenden ertragsteuerlichen Folgen kann auf die obenstehende → Rn. 614 ff. verwiesen werden.
- 669 Ist die vermögensverwaltende (Mutter-)Personengesellschaft an einer anderen vermögensverwaltenden (Tochter-)Personengesellschaft beteiligt („**doppelstöckige Vermögensverwaltung**“), die im Zuge eines Formwechsels in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt wird (Bsp.: vermögensverwaltende und nicht gewerblich geprägte OHG wird in eine GmbH formgewechselt), **so erfolgt kein Statuswechsel**. Auch nach dem Formwechsel kann die Mutter-Personengesellschaft ihre vermögensverwaltende Tätigkeit bezogen auf die Beteiligung an der aus dem Formwechsel entstandenen Kapitalgesellschaft fortführen und die im Zuge des Formwechsels fingierte Übertragung **ist grundsätzlich nur als „Vermögensumschichtung“ zu qualifizieren**, die insoweit **unschädlich** ist.⁹¹ Für die im Zuge des Formwechsels für ertragsteuerliche Zwecke fingierte Übertragung des Vermögens der vermögensverwaltenden Tochter-Personengesellschaft auf die aus dem Formwechsel entstehenden Kapitalgesellschaft gelten die in → Rn. 625 ff. gemachten Ausführungen. Je nachdem, welches Vermögen von der Tochter-Personengesellschaft gehalten wurde, kann die fingierte Vermögensübertragung als verdeckte Einlage (§ 6 Abs. 6 EStG) oder als Einbringung/Anteilstausch iSd §§ 20, 21 UmwStG zu behandeln sein.
- 670 Ist die vermögensverwaltende (Mutter-)Personengesellschaft an einer (Tochter-)Kapitalgesellschaft beteiligt, die im Zuge eines Formwechsels in eine (Tochter-)Personengesellschaft umgewandelt wird (zB: GmbH wird in OHG formgewechselt), sind wiederum zwei alternative Fälle zu unterscheiden:
- 671 War die Tochter-Kapitalgesellschaft vermögensverwaltend tätig und wird diese Tätigkeit von der aus dem Formwechsel entstehenden, vermögensverwaltenden und nicht gewerblich geprägten Tochter-Personengesellschaft fortgeführt, **so wird der Status der Mutter-Personengesellschaft als „vermögensverwaltend“ nicht berührt**. Ansonsten gelten für den Formwechsel die in → Rn. 644 dargestellten ertragsteuerlichen Folgen (der Formwechsel kann eine fiktive Dividende in § 7 UmwStG auslösen und die Kapitalgesellschaft hat nach strittiger Auffassung der Finanzverwaltung gem. § 9 iVm §§ 3–8 UmwStG selbst dann die stillen Reserven in ihren fiktiv übertragenen Wirtschaftsgütern aufzudecken, wenn die übernehmende Tochter-Personengesellschaft eine ZebraGesellschaft ist).
- 672 War die Kapitalgesellschaft dagegen betrieblich/gewerblich tätig, so wird die aus dem Formwechsel entstehende Tochter-Personengesellschaft eine Gesellschaft mit Betriebsvermögen sein. **Diese Beteiligung der Mutter-Personengesellschaft an der Tochter-Personengesellschaft „infiziert“** dann auch die Mutter-Personengesellschaft. Die Mutter-Personengesellschaft verliert durch den Formwechsel ihren Status als „vermögensverwaltend“. Insoweit sind für ertragsteuerliche Zwecke zwei fiktive Übertragungsvorgänge gegeben:
1. Das Vermögen der Tochter-Kapitalgesellschaft gilt als auf die durch den Formwechsel entstandene gewerbliche Tochter-Personengesellschaft übertragen. Für diese Übertragung sind gem. § 9 UmwStG die §§ 3–8 UmwStG entsprechend anwendbar. Dies bedeutet zum einen, dass in Höhe der in der steuerlichen Schlussbilanz der formgewech-

⁹¹ Zur Abgrenzung einer „unschädlichen“ Vermögensumschichtung zu einer „schädlichen“ gewerblichen Tätigkeit (zB nach den Grundsätzen der sog. „Drei-Objekt-Grenze“), vgl. Engel, Vermögensverwaltende Personengesellschaften im Ertragsteuerrecht, 3. Aufl. 2023, Rn. 716 ff.

- selten Kapitalgesellschaft ausgewiesenen offenen Rücklagen eine fiktive Dividende iSd § 7 UmwStG ausgelöst werden kann. Zum anderen kann diese Vermögensübertragung auf Antrag mit dem gemeinen Wert, dem Buchwert oder einem Zwischenwert erfolgen, wenn dafür die in § 3 Abs. 2 UmwStG genannten Voraussetzungen erfüllt sind.
2. Das Vermögen der vermögensverwaltenden Mutter-Personengesellschaft gilt ebenfalls als übertragen, und zwar in das Betriebsvermögen der nunmehr gewerblich infizierten Mutter-Personengesellschaft. Hinsichtlich der hier eintretenden ertragsteuerlichen Folgen kann auf die → Rn. 614 ff. verwiesen werden.

II. Verschmelzung

Hinsichtlich der ertragsteuerlichen Folgen einer **Verschmelzung**, an der eine vermögens- 673
verwaltende Personengesellschaft als Gesellschafterin einer verschmolzenen Gesellschaft beteiligt ist, kann auf die im vorstehenden Abschnitt E.I → Rn. 664 ff. beschriebenen Konsequenzen verwiesen werden. Mit anderen Worten: Die für den Formwechsel (als ertragsteuerlich teilweise fingierte Vermögensübertragung) beschriebenen Folgen gelten insoweit für die **Verschmelzung (als tatsächliche Vermögensübertragung)** entsprechend.

Insbesondere ist auch insoweit noch einmal zu betonen, dass die Teilnahme der vermögens- 674
verwaltenden Personengesellschaft (als Gesellschafterin) an einer solchen Umwandlung grundsätzlich unschädlich für die Qualifikation der Gesellschaft als vermögensverwaltend ist. Auch soweit die Verschmelzung auf Ebene der vermögensverwaltenden Personengesellschaft zu einer Vermögensumschichtung führt (zB durch Ausgabe neuer Anteile an der übernehmenden Gesellschaft, dh durch einen „Anteilstausch“ auf Ebene der vermögensverwaltenden Personengesellschaft), ist diese „Aktivität“ auf Ebene der vermögensverwaltenden Personengesellschaft grundsätzlich noch durch den Rahmen ihrer Vermögensverwaltung abgedeckt, **weil es sich insoweit bloß um eine unschädliche Vermögensumschichtung handelt**.⁹² Es besteht insoweit nach der hier vertretenen Ansicht grundsätzlich keine „Gefahr“, dass auf Ebene der vermögensverwaltenden Personengesellschaft allein aufgrund der Tatsache, dass sie als Gesellschafterin an einer Verschmelzung teilnimmt, ein „Statuswechsel“ erfolgt. Wie im vorstehenden Abschnitt E.I beschrieben, kann es aber im Zuge der Umwandlung zu einem Statuswechsel kommen, wenn die vermögensverwaltende Personengesellschaft aufgrund ihrer Beteiligung an dem übernehmenden gewerblichen Rechtsträger „gewerblich infiziert“ wird.

III. Auf- und Abspaltung

Da eine Auf- oder Abspaltung – wie bereits in → Rn. 632 erwähnt – als „**Teilverschmelzung**“ 675
zu werten ist, kann hinsichtlich der ertragsteuerlichen Folgen für eine Auf- oder Abspaltung, an der eine vermögensverwaltende Personengesellschaft als Gesellschafterin beteiligt ist, grundsätzlich auf die im vorstehenden Abschnitt E.II → Rn. 673 f. gemachten Ausführungen (die wiederum auf den Abschnitt E.I → Rn. 664 ff. Bezug nehmen) verwiesen werden.

Es sind insoweit **nur wenige Besonderheiten/Abweichungen** einer Auf- oder Ab- 676
spaltung **im Vergleich zur Verschmelzung** zu vermerken, die sich wiederum aus dem Umstand ergeben, dass die Auf- oder Abspaltung nur eine Teil-Vermögensübertragung ist, während im Zuge einer Verschmelzung das gesamte Vermögen des übertragenden Rechtsträgers auf den übernehmenden Rechtsträger übergeht. Deshalb kann zB bei einer Auf- oder Abspaltung von Vermögen auf eine (gewerbliche) Personengesellschaft nur dann ein Anwendungsfall von § 24 UmwStG vorliegen, wenn das übertragene Vermögen als Betrieb

⁹² Vgl. Engel, Vermögensverwaltende Personengesellschaften im Ertragsteuerrecht, 3. Aufl. 2023, Rn. 716 ff.

(oder zumindest als Teilbetrieb) iSd UmwStG qualifiziert (Entsprechendes gilt für die Auf- oder Abspaltung von Vermögen auf eine Kapitalgesellschaft und die Anwendung des § 20 UmwStG.)

IV. Ausgliederung

- 677** Ist die vermögensverwaltende (nicht gewerblich geprägte) Personengesellschaft als Gesellschafterin an einer Kapitalgesellschaft beteiligt, die Vermögen auf einen anderen Rechtsträger ausgliedert, so hat dies keine ertragsteuerlichen Folgen für die vermögensverwaltende Personengesellschaft (und ihre Gesellschafter). Die Ausgliederung ist eine Transaktion zwischen der übertragenden Kapitalgesellschaft und dem übernehmenden Rechtsträger, welcher eine Tochtergesellschaft der Kapitalgesellschaft (dh eine Einzelgesellschaft der vermögensverwaltenden Personengesellschaft) ist (bei Ausgliederung zur Aufnahme) bzw. wird (bei Ausgliederung zur Neugründung). Diese Transaktion kann ertragsteuerliche Auswirkungen auf Ebene der Kapitalgesellschaft und ihrer Tochtergesellschaft haben. Diese schlagen jedoch nicht auf die vermögensverwaltende Personengesellschaft (als Gesellschafterin der ausgliedernden Kapitalgesellschaft) durch, weil die übertragende Kapitalgesellschaft insoweit abschirmende Wirkung hat. Insbesondere wird der Status der vermögensverwaltenden Personengesellschaft als vermögensverwaltend durch die Ausgliederung nicht berührt. Sowohl vor der Ausgliederung als auch nach der Ausgliederung hält die vermögensverwaltende Personengesellschaft eine Beteiligung an der ausgliedernden Kapitalgesellschaft; **es erfolgt insoweit nicht einmal eine „Vermögensumschichtung“** auf Ebene der vermögensverwaltenden Personengesellschaft.
- 678** Ist die vermögensverwaltende (nicht gewerblich geprägte) Personengesellschaft als Gesellschafterin an einer anderen vermögensverwaltenden (nicht gewerblich geprägten) Personengesellschaft beteiligt (**„doppelstöckige Vermögensverwaltung“**), die Vermögen auf einen anderen Rechtsträger ausgliedert, so sind verschiedene Fälle zu unterscheiden.
- 679** Wird das Vermögen auf eine Kapitalgesellschaft ausgegliedert, so hat dies keine Auswirkung auf die Qualifikation der vermögensverwaltenden Mutter-Personengesellschaft als vermögensverwaltend. Sie verwaltet dann die im Zuge der Ausgliederung neu ausgegebene Beteiligung an der übernehmenden Kapitalgesellschaft anstelle des ausgegliederten Vermögens ihrer (ausgliedernden) vermögensverwaltenden Tochter-Personengesellschaft. Davon unabhängig ist für die Gesellschafter der vermögensverwaltenden Mutter-Personengesellschaft zu prüfen, welche ertragsteuerlichen Konsequenzen sich aus der Ausgliederung ergeben können. Vor der Ausgliederung war ihnen das ausgegliederte Vermögen iSd Bruchteilsbetrachtung des § 39 Abs. 2 Nr. 2 AO ertragsteuerlich zuzurechnen. Nach der Ausgliederung ist das ausgegliederte Vermögen der übernehmenden Kapitalgesellschaft ertragsteuerlich zuzurechnen. Es liegt somit für ertragsteuerliche Zwecke eine Übertragung des ausgegliederten Vermögens von den Gesellschaftern der vermögensverwaltenden Personengesellschaft auf die übernehmende Kapitalgesellschaft vor, die entweder als Einlage iSd § 6 Abs. 6 EStG, als Anteilstausch iSd § 21 UmwStG oder als Einbringung iSd § 20 UmwStG zu werten ist (es wird insoweit auf die → Rn. 625 ff. verwiesen).
- 680** Wird das Vermögen auf eine vermögensverwaltende Personengesellschaft ausgegliedert, so hat dies keine Auswirkung auf die Qualifikation der vermögensverwaltenden Großmutter-Personengesellschaft als vermögensverwaltend. Es würde dadurch eine „dreistöckige Vermögensverwaltungspersonengesellschaftsstruktur“ entstehen. Dadurch ergeben sich jedoch wegen der vollkommenen ertragsteuerlichen Transparenz der vermögensverwaltenden Personengesellschaften keine Veränderungen der ertragsteuerlichen Zurechnungen des ausgegliederten Vermögens iSd Bruchteilsbetrachtung des § 39 Abs. 2 Nr. 2 AO. Folglich sind aus ertragsteuerlicher Sicht auch keine Übertragungsvorgänge gegeben, aus denen sich